



Vertriebspreise: Ein B. 1. u. 2. 1/2 Pf. ...

Berliner Tageblatt

547 * Ausgabe A Nr. 285 ... Dienstag, 30. November 1920 ... 49. Jahrgang

Gegen die Herausgabe der Luftschiffe „Bodensee“ und „Nordstern“.

Note der Reichsregierung.

Vorschlag schiedsgerichtlicher Entscheidung.

Berlin, 29. November. (W. T. B.) Der Vorliegende der deutschen Friedensdelegation in Paris ist angewiesen worden, nachstehende Note der Reichsregierung in Paris zu übergeben:

Mit Note vom 16. November hat die interalliierte Aufsichtskommission einen Beschluss gefasst, wonach die deutsche Regierung für die in den Monaten Juni und Juli 1919 erfolgte Zerstörung von sieben deutschen Marine-Luftschiffen verantwortlich gemacht wird.

abkommen etwa noch zu erheben waren, erledigt werden sollten. Die Richtigkeit dieser Auslegung wird durch die oben erwähnte Begleitnote vom 1. November bestätigt. Dort heißt es:

„Die alliierten und assoziierten Mächte haben beschlossen, den Vertrag nicht in Kraft treten zu lassen, bevor die Ausführung der von Deutschland durch das Waffenstillstandsabkommen und die Zusatzprotokolle übernommenen und nicht erfüllten Verpflichtungen geregelt und bestimmt ist.“

Hiernach erscheint es nicht anständig, überhaupt noch auf Vorgänge zurückzugreifen, die sich vor der Unterzeichnung des Protokolls vom 10. Januar 1920 abgespielt haben. Eine Ausnahme wäre allenfalls bei solchen Vorgängen zu rechtfertigen, die den alliierten Regierungen erst später bekannt geworden sind.

Die deutsche Regierung beehrt sich, an die alliierten Mächte die Bitte zu richten, die im Vorstehenden behandelte Angelegenheit einer erneuten Prüfung zu unterziehen. Sie gibt sich der Erwartung hin, daß diese Prüfung sie dazu führen wird, ihren Beschluß vom 2. Oktober aufzugeben.

Deutschland und der Völkerbund.

Offener Brief an Herrn Pucyrredon, argentinischen Minister des Auswärtigen und Vertreter der Argentinischen Republik auf der Völkerbundversammlung, Genf.

Von Bernhard Dernburg, Czernitz!

Sie haben es erlernt in so männlicher und aufrichtiger Weise die Notwendigkeit der Aufnahme aller großen Völker in den Völkerbund betont und bisher als einziger für Deutschlands Vertragsstreue anerkennende und ermutigende Worte gefunden, daß ich, ein Ihnen Unbekannter, es wage, Ihnen das folgende vorzulegen. Es betrifft Deutschlands Stellung zum Völkerbund und die Gründe, weshalb es seinerseits bisher ein Gesuch um Aufnahme nicht gestellt hat.

England und die griechische Frage.

Bestimmung in Frankreich.

Vertreter Lequeres' Vertreter in London.

Paris, 29. November.

Es wird allgemein klar, daß die öffentliche Meinung in Frankreich von den bisherigen Ergebnissen der Londoner Konferenz nicht so begeistert ist, wie das nach dem ersten freundschaftlichen Begrüßungen der Konferenz hätte zu erwarten sein können.

Schuldenkommission für die griechische Anleihe aufnehmen; politische und militärische Verpflichtungen sind unüberwindlich, falls sie nicht von den Alliierten gebilligt werden; jeder Vertrag zwischen Griechenland und der Türkei muß, um gültig zu sein, von den alliierten Mächten oder vom Völkerbund genehmigt werden.

Der norwegische Eisenbahnerausstand.

Kopenhagen, 29. November. Die Einschränkungen in norwegischen Eisenbahnverkehr infolge des Angestelltenausstandes begannen morgen. Die letzten Züge nach dem Ausland über Gøteborg und Kopenhagen werden morgen nachmittag abgehen.

In der Mantelnote zum Friedensvertrag vom 16. Juli 1919 sagt der Vorsitzende der Friedenskonferenz, Clemenceau: „Damit nicht zufrieden, sind sie mit kühler Überlegung zu einer Reihe von Einrichtungen und Veränderungen geschritten mit der einzigen Absicht, die Bevölkerung zu terrorisieren und sie eben durch die Scheuhaftigkeit ihrer Handlungen zu bändigen.“